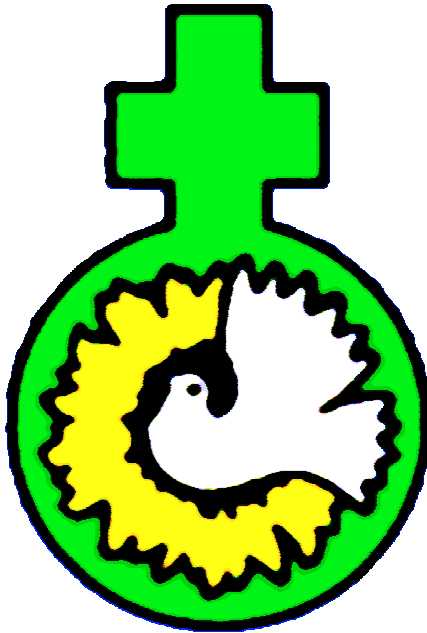


**Bundesarbeitsgemeinschaft
Christinnen und Christen
bei Bündnis 90 / Die Grünen**



Das Ende der Wachstumsgesellschaft

*Gedanken zu Alternativen
aus christlich-GRÜNER Sicht*

I: Einstieg in das Thema

„Keine Religion und keine Ideologie ist so weltumspannend und völkerverbindend, wie der Glaube an den Segen hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten“. So schrieb schon 1984 ein Wirtschaftsjournalist¹. Doch dachte er, noch ganz im marktwirtschaftlichen Denken verhaftet, damals noch nicht daran, das Wachstum überhaupt in Frage zu stellen, dessen Negierung er dem „politischen Dunstkreis der GRÜNEN und anderer Weltverbesserer“ zuschrieb;² vielmehr plädierte er für ein „Wachstum ohne Wachstum“, in dem ein Mehr an Humanität und ein größerer Mut zur Innovation dazu helfen sollten, das „herkömmliche“ Wachstum durch ein gebremstes Wachstum abzulösen.³ Heute, mehr als ein Vierteljahrhundert später, stellen sich die Probleme neu. In einer über weite Strecken entsolidarisierten Gesellschaft muss über die „Indikatoren“ des Wachstums neu nachgedacht werden. Nicht Innovation und Leistungssteigerung dürfen das Ziel sein; vielmehr muss – vor dem Hintergrund einer globalen Vernetzung allen gesellschaftlichen Handelns – eine auf christlich-humanistischer Grundlage gestellte „Ethik der Solidarität und des Verzichts“ in den Vordergrund gestellt werden.

Unter wirtschaftlichem Wachstum versteht man im Allgemeinen die Zunahme des realen, um Preisniveausteigerungen bereinigten Bruttoinlandprodukts. Da dieses allein daran gemessen wird, sind negative Nebenfolgen wie vor allem die Verschlechterung der Umweltqualität nicht berücksichtigt. Die „Wohlfahrt der Menschen kann damit sogar abnehmen, obwohl die Wirtschaft wächst.“⁴ Schon diese auch unter konservativen Denkern bekannte, aber verdrängte Erkenntnis sollte dazu führen, über die „Ideologie der Wachstumsgesellschaft“ neu nachzudenken. In seinem Buch über die „Politik der Apokalypse“ wies deshalb der britische Politologe John Gray auf den unverhältnismäßig hohen Ressourcenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung hin, der in einem nicht mehr zu rechtfertigenden Lebensstil seine Ursache habe. In einem besonnenen Plädoyer für eine realistischere Sichtweise rief er darum dazu auf, allen Ideologien des Wachstums ganz zu entsagen und „Grundtatsachen“ des gesellschaftlichen Lebens anzuerkennen, das von ihm geforderte „neue Denken“ aber an ethischen Kriterien zu messen.⁵ Diese Thesen sind gewiss nicht neu. Schon 1972 hat der „Club of Rome“ eindringlich auf die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums hingewiesen und die Entkoppelung von

¹ Michael Jungblut, *Der Wohlstand entlässt seine Kinder. Wege aus der Krise*, Berlin u.a. 1984, S. 72. Jungblut war Leiter des Wirtschaftsressorts der Zeitschrift DIE ZEIT. Auch Meinhard Miegel, *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin 2010, spricht (S. 56 f.) von einer Ideologie metaphysisch-religiösen Charakters.

² Jungblut, ebd.

³ Jungblut, ebd. S. 100, 102 ff.

⁴ Klaus-Werner Schatz, Art. „Wachstum, Wachstumstheorie, Wachstumspolitik“, in: *Evangelisches Soziallexikon*, Neuausgabe Stuttgart 2001, Sp. 1727-1731.

⁵ John Gray, *Politik der Apokalypse. Wie Religion die Welt in die Krise stürzt*, Stuttgart 2009, S. 301. 305, 312 u.a.

Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch gefordert.⁶ Unter maßgebender Beteiligung der GRÜNEN Europa-Abgeordneten Gisela Kallenbach hat der Theologe Hans-Peter Gensichen in einer 2008 publizierten Studie Kriterien für die Entwicklung „auf dem Weg in eine Gesellschaft des Weniger“ vorgeschlagen,⁷ und damit den Weg in eine „Postwachstumsgesellschaft“ gewiesen.⁸

Es ist nun an der Zeit, dass sich die deutsche Politik mit diesem Problem intensiver auseinandersetzt.⁹ Ein Ansatz dazu bildet die auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im deutschen Bundestag vom November 2010¹⁰ kurz darauf eingesetzte¹¹ **Enquete-Kommission** zur Thematik „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“.¹² Anfang 2011 hat die Kommission ihre Arbeit aufgenommen.¹³ Die beiden Kommissionsmitglieder aus der GRÜNEN-Fraktion, Kerstin Andreae und Hermann Ott, haben in einer Pressemeldung mitgeteilt, dass man die einschlägige gesellschaftliche Debatte bündeln und vorantreiben wolle. „Wir brauchen handfeste Vorschläge für die kommende Wahlperiode. Es geht um einen Instrumentenkasten für den nachhaltigen Umbau der Gesellschaft, um Leitplanken für die Wirtschaft“.¹⁴ Unabhängig davon hat die in Würzburg am 23./24. Oktober 2010 tagende Landesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in Bayern einen weiterführenden Beschluss unter dem Titel „Besser ist mehr! Mehr Lebensqualität statt Abhängigkeit von

⁶ Dennis Meadows u.a., Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

⁷ Hans-Peter Gensichen, Auf dem Weg in eine Gesellschaft des Weniger, hg. von Gisela Kallenbach, Brüssel 2008 (Publikation der Grünen im Europäischen Parlament).

⁸ Siehe die Beiträge bei: Irma Seid, Angelika Zahrt (Hgg.), Postwachstumsgesellschaft, Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010.

⁹ Modelle wurden in der Politik schon vorher intensiv diskutiert: Vor der Stiglitz-Kommission hat schon 2008 der thailändische König Bhumipol eine „Sufficiency Economy“ als Alternative zum anglo-amerikanischen Business-Modell entworfen, mit weitergreifenden Indikatoren für Lebensqualität, wie etwa Mäßigkeit, Vernünftigkeit und Selbständigkeit [## Quelle?].

¹⁰ Antrag Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/3853.

¹¹ Plenarprotokoll der Sitzung vom 1. Dezember 2010: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17077.pdf>, dort S. 15 – 31.

¹² Vgl. auch die Papiere Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/2950, vom 14. 09. 2010, sowie Drucksache 17/3853 vom 23. 11. 2010. Über die laufende Arbeit der Kommission unterrichtet aus grüner Sicht ein Newsletter: <http://kerstin-andreae.de/service/newsletter.html>.

¹³ Siehe das Interview mit Kerstin Andreae, Süddeutsche Zeitung 04. 01. 2011, sowie einen Beitrag von Roland Pichler, Die Wachstumsdebatte wird neu belebt, in: Stuttgarter Zeitung 12. 01. 2011. Siehe die Protokolle des Deutschen Bundestages, 17. Wahlperiode, Nr. 17/1 und 17/2. Auf einer Klausurtagung im Februar soll das Thema vertieft werden. – Allerdings hat die Deutsche Umweltstiftung in einer am 15. 02. 11 verbreiteten Pressemeldung angesichts der Fehlbesetzungen in CDU, FDP und SPD mitgeteilt: „Von dieser Enquete-Kommission ist nichts zu erwarten, was über die fast 40 Jahre alten Erkenntnisse des Club of Rome hinaus geht“: Jörg Sommer, Die ‚Grenzen des Wachstums‘ – war da nicht schon mal was?, unter: www.deutschemweltstiftung.de.

¹⁴ Pressemeldung vom 17. Januar 2011. Sehr kritisch äußert sich Mathias Greffrath in seinem Beitrag „Wenn das Parlament denkt. Wie sieht das gute Legen aus, wenn wir nicht mehr auf Wachstum setzen?“, in: Die Tageszeitung vom 09. 02. 2011.

Wirtschaftswachstum als neues politisches Leitbild“ gefasst. In die gleiche Richtung zielt eine scharfsinnige neue Analyse des GRÜNEN Vordenkers und Bremer Umweltsenators, Reinhard Loske.¹⁵

In drei Tagungen hat sich auch die **Bundesarbeitsgemeinschaft** Christinnen und Christen bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN (BAGChr) mit der Thematik beschäftigt: Auf der Herbsttagung vom Oktober 2008 in Katlenburg (Input von Heinrich Bartels), auf der Frühjahrstagung vom März 2009 (Input von Gisela Kallenbach MdEP) und auf der Herbsttagung vom September 2010 in Freiburg (Input von Kerstin Andreae MdB). Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe wurde beschlossen, die auf der Basis der bisherigen Diskussionen ein Thesenpapier erarbeiten soll, das Eingang in die politische Diskussion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN finden soll. Mit dem folgenden Text liegt nun dieses Papier vor, das auf der Frühjahrstagung der BAGChr am 12. März 2011 nach erneuter Diskussion beschlossen werden konnte.

Es ist uns dabei klar, dass wir mit dem hier vorgelegten Papier nicht das gesamte Spektrum des Themas in all seinen Verästelungen und Vernetzungen abdecken können. Denn die Abkehr von der Wachstums- und der „Optimierungs“-Gesellschaft ebenso wie die Absage an den Glauben an einen stetigen Fortschritt gesellschaftlichen Lebens bedeuten nichts weniger als einen **Paradigmenwechsel** im Hinblick auf unsere persönlichen Lebensstile wie auch des politischen und wirtschaftlichen Handelns. Dies kann nur in praktischen Einzelschritten erfolgen – wobei der Ressourcenverbrauch und eine gerechtere Verteilung der Grundgüter dieser Erde im Blick bleiben müssen.¹⁶ Ein solches politisches und gesellschaftliches Handeln kann durch eine Ethik dargestellt werden, die ein Gespür für das Zusammenleben aller Menschen, für die Grenzen der Wünsche der Menschen und für die Übereinstimmung unseres Verhaltens mit der Schöpfungswelt voraussetzt. Eine derartige Ethik ist von einer erneuerten Spiritualität getragen und konkretisiert sich einem neuen Einvernehmen von uns Menschen mit allen übrigen Seinsarten.¹⁷ Es ist eine „Ethik der Verantwortung“ (Hans Jonas),¹⁸ die sowohl über das Handeln des Einzelnen als auch ebenso über die damit verbundenen Folgen in Wissenschaft, Politik, gesellschaftlichem und ökonomisch-ökologischem Agieren zu jedem Zeitpunkt Rechenschaft ablegt.¹⁹ Wichtigster Punkt war für Jonas, dass die schlechteste Prognose den Horizont für unser Denken und Handeln abgeben muss.

Die **gesellschaftlichen Widerstände** gegen eine Abkehr von der Wachstums- und Optimierungsgesellschaft sind nach wie vor groß. Dieser Eindruck drängt sich bei einem Blick in die Medien auf. So behauptete noch kürzlich Wolfgang Uchatius, der Mensch brauche Wachstum, weil es ihn glücklich mache. Dahinter steht das noch immer dominierende Menschenbild des „*homo oeconomicus*“, des auf Leistung, Wachs-

¹⁵ Reinhard Loske, Abschied vom Wachstumszwang. Konturen einer Politik der Mäßigung, Marburg 2010.

¹⁶ Kerstin Andreae spricht in ihrem Redebeitrag in der konstituierenden Sitzung der Enquete-Kommission (Protokoll vom 17. 01. 11, wie Anm. 13) von der „Endlichkeit der Ressourcen“.

¹⁷ Leonardo Boff, Die Erde ist uns anvertraut. Eine ökologische Spiritualität, Kevelaer 2010, S. 144 f.

¹⁸ Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt am Main 1979, insb. S. 364 ff.

¹⁹ Boff, Die Erde ist uns anvertraut (wie Anm. 17), S. 203.

tum und Konkurrenz eingestellten Menschen. Es wird behauptet, dass eine von Wachstum freie Gesellschaft aus heutiger Sicht ziemlich fern der Realität sei; sie bedeute den Untergang hochtechnisierter Gesellschaften.²⁰ Dieter Rulff meint,²¹ dass ein Unternehmen ohne Profit-Maximierung seinen eigenen Untergang riskiere. „Wachstum muß sein“, heißt es immer wieder.²² Auch den GRÜNEN wurde vorgeworfen, sie hätten die Chance, das steigende Konsumverhalten als Folge der Wirtschaftskrise wieder in Frage zu stellen, nicht genutzt, denn „es sei jetzt nicht die Zeit für Wachstumskritik oder gar eine neue Verzichtsethik“.²³ Bedenkt man die Tatsache, dass die immensen Schulden, die sich zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise angehäuft haben, am ehesten durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum abgebaut werden können, sind die Argumente der „Wachstumsideologen“ offensichtlich schwer vom Tisch zu wischen. Wir hoffen und erwarten, dass die erwähnte Enquete-Kommission mit dem Problem wachstumskritisch umgehen wird, und dass sie endlich das Signal für einen allgemeinen Mentalitätswandel gibt, der über die Partei der GRÜNEN hinausgeht.

Immerhin hat in der jüngsten Zeit der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Meinhard Miegel ein Plädoyer für ein **Ende des Wirtschaftswachstums** gegeben.²⁴ Dieses sei inzwischen global aus dem Ruder gelaufen. Während der längsten Zeit der Geschichte habe es überhaupt kein Wachstum im Sinne einer Vermehrung von Besitz und Vermögen über die eigene Versorgung hinaus gegeben. Durch die Gier von uns Menschen, immer mehr zu wollen, sei der Untergang der menschlichen Gesellschaft vorprogrammiert. Die Stimmen in den Medien, die eine Abkehr von der bisher herrschenden „Wachstums- und Fortschrittsideologie“ fordern, mehren sich.²⁵ Der Publizist Mathias Greffrath fordert, dass wir zu „Helden des Rückzugs“ werden müssen und eine Rücknahme unserer verschwenderischen Lebensweise anstehe. In einem späteren Kommentar macht er dazu unter Hinweis auf eine von der Heinrich-Böll-Stiftung erarbeitete Denkschrift²⁶ konkrete Vorschläge: Die Gemeingüter sollten wiederentdeckt werden, da sie sich zu sozialen Netzen entfalten könnten. „Die Brückenköpfe in die Gemeingüterwirtschaft sind gelegt; jetzt müssen die Pioniere die Brücken bauen, über die alle nachkommen können.“²⁷ Faktisch gäbe es schon jetzt ein „Nullwachstum“, denn wir

²⁰ Wolfgang Uchatius, Wir könnten auch anders. Warum brauchen wir Wirtschaftswachstum?, in: DIE ZEIT; 20. 05. 2009.

²¹ Dieter Rulff, Mehr Joint als Venture, Besprechung des Buches von Meinhard Miegel, Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010, in: Die Tageszeitung 20. 03. 2010.

²² Peter Dinzler, Fritz Vorholz, Sind das Spinner?, in: DIE ZEIT, 23. 09. 2010.

²³ Ulrike Winkelmann, Ideenfreie Selbstgenügsamkeit, in: Die Tageszeitung 22. 01. 2009.

²⁴ Miegel, Exit (wie Anm. 1). Vgl. dazu etwa den Bericht in „Main-Post“ vom 24. 01. 2011.

²⁵ Dies gilt um so mehr, als schon jetzt in Deutschland ein jährliches Wachstum (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) von 6,5 % notwendig wäre, um das momentane Verschuldungsniveau zu halten: So der Wirtschaftsberater Albrecht von Mutius nach den Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel

²⁶ Heinrich Böll-Stiftung (Hg.), Denkschrift „Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen“, Berlin 2010.

²⁷ Matthias Greffrath, Lob des Staates. Wohlstand durch Teilen – viele streiten bereits dafür. Jetzt braucht es Gesetze, in: Die Tageszeitung vom 03. 03. 2010.

entnehmen der Erde schon jetzt ein Viertel mehr an Material, als eine nachhaltige Bewirtschaftung zulassen könne.²⁸ Ganz in diesem Sinne spricht der ATTAC-Aktivist Christian Felber davon, dass mehr Kooperation, Selbstbestimmung und ökologische Verantwortung, nicht aber Egoismus, Konkurrenz und Materialismus gefördert werden sollten.²⁹

Der Oldenburger Wirtschaftswissenschaftler Niko Paech hat kürzlich in einem Beitrag zum Periodicum „Le Monde Diplomatique“ eine Art Generalabrechnung über „die Legende vom nachhaltigen Wachstum“ vorgelegt. Nach ihm kann eine nachhaltige Entwicklung nur eine Kunst der Reduktion sein. Eine **Postwachstumsökonomie**³⁰ müsse darauf zielen, Zwänge zur Expansion zu überwinden. Dabei gehe es auch um die Überwindung eines Lebensstils, der bisher vollständig von global arbeitsteiliger Fremdversorgung abhängig sei.³¹ Der Fokus müsse mehr auf den Erhalt, die Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände und Infrastrukturen und auf die längere und intensivere Nutzung von Gegenständen gelegt werden. Dies könne auch viele Menschen entlasten, „denen im Hamsterrad der materiellen Selbstverwirklichung schon ganz schwindelig wird“.

Es wird zu überlegen sein, ob eine gänzliche Abkehr vom alten Wachstumsdenken überhaupt zu empfehlen ist, oder doch besser nur eine Erweiterung der bisher üblichen **Wachstumsindikatoren**, die nicht mehr allein auf das Bruttoinlandsprodukt beschränkt bleiben sollten; denn derzeit misst man „nur die Geschwindigkeit, nicht aber Verbrauch und Drehzahl“.³² Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Es geht uns um die „Konturen einer Politik der Mäßigung“ (Reinhard Loske)³³ auf der Basis eines neuen Verständnisses von Wachstum, das zugleich einer neuen ethischen Grundlegung bedarf.

Die **folgende Darstellung** wird zunächst anhand der bisherigen Entwicklung die ethischen Grundlagen thematisieren (Kap. II). Es folgen Beiträge zur Zinsproblematik (Kap III), zur Frage der Nachhaltigkeit (Kap. IV), zur Lebensstildebatte (Kap. V) und – damit zusammenhängend - den Wachstumsindikatoren (Kap. VI). Darauf aufbauend, wird in einem Schlusskapitel (Kap. VII) detaillierter beschrieben, welche politischen

²⁸ Mathias Greffrath, Leben nach dem Wachstum. Die Zukunft braucht einen illusionslosen Blick auf die Realitäten, in „Tageszeitung“ 12. 05. 2010.

²⁹ Christian Felber, Neue Werte für die Wirtschaft, 2008, mit Interview in den Oberösterreichischen Nachrichten vom 26. 04. 2008; auch ders., Die Gemeinwohl-Ökonomie, in: Publik-Forum Nr. 17, 2010, S. 12.

³⁰ Es wird auch von einer „Postwachstumsgesellschaft“ gesprochen, siehe Irmi Seidl/Angelika Zahrtm (Hgg.), Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010.

³¹ Niko Paech, Die Legende vom nachhaltigen Wachstum. Ein Plädoyer für den Verzicht, in: Le Monde Diplomatique. Beilage zur „Tageszeitung“, Ausg. September 2010, S. 12-13. Siehe auch schon dessen Monographie: Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum, Marburg 2005.

³² So nach den Worten von Kerstin Andreae, Protokoll der Enquete-Kommission vom 17. 01. 11 (wie Anm. 13).

³³ Loske, Abschied vom Wachstumszwang (wie Anm. 15), insb. S. 55 ff.

Schritte zur Abkehr von der Wachstums- und Optimierungsgesellschaft gegenwärtig im politischen Handeln wie auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit aus christlich-GRÜNER Sicht möglich wären und angestrebt werden sollten.

II: Plädoyer für eine neue Ethik der Abkehr von der neoliberalen Optimierungsgesellschaft

Unsere Wachstumsgesellschaft, die sich bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts in Fortentwicklung intensiver Technisierung herausgebildet hatte, verwandelt sich zur Zeit unversehens in eine **globale „Optimierungsgesellschaft“**. Aufgrund der raschen Verknappung vorhandener Ressourcen, von Verschiebungen auf den Weltmärkten und einer Akkumulation von Reichtum in Händen einiger Weniger verändern sich Praxis und Ideologie der bisher dominierenden Wachstumsgesellschaft in Richtung auf eine Optimierungsgesellschaft.³⁴ Dies zeigt sich in der Sozialpolitik etwa im Umschwung vom „Wohlfahrtsstaat“ zum Prinzip des „Fordern und Fördern“, womit die Verantwortung für das Wohlergehen und die damit verbundenen Risiken auf den oftmals überforderten Einzelnen abgewälzt werden. Dies wird ebenso deutlich an Betrieben und bei Dienstleistungen, wenn die den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen „von oben“ auferlegten Verantwortlichkeiten letztendlich auf eine Haftung des damit überforderten Einzelnen hinauslaufen. Ökonomisch zeigt sich diese Veränderung im Erwerb und Umgang mit (Wirtschafts-)Kapital: Kapital in Gestalt herkömmlicher, monetärer und zeitaufwändiger Zahlungsmittel wird durch Computer digital umgewandelt und in Sekundenschnelle virtuell um den Börsen- und Währungserdball geschossen; es verwandelt sich in unermessliche Gewinne für die Macht habenden Reichen an den Schaltstellen der Gesellschaft, und in Blasen für das „Fußvolk“, das dann auch noch dafür gerade stehen muss. Transnationale Konzerne dominieren die nationalen ebenso wie die regionalen Märkte, und die Fortschritts-Einheitskultur des Westens verdrängt die regionalen Kulturen. Fremdes wird als bloße Störung neutralisiert, und Fremde werden mehrheitlich als Hemmfaktoren des Wachstums an den Rand gedrängt.

Wie ein eingebauter Über-Ich-Kompass treiben das Leistungs-, das Konkurrenz- und das Zinsprinzip den Einzelnen zu Höchstleistungen, zerstören seine persönlichen und familiären Beziehungen wie seine gesellschaftlichen Bindungen und schließlich seine Kooperationschancen am Arbeitsplatz. Dieser rücksichtslos, ganz auf Expansion ausgerichtete Neoliberalismus vereinheitlicht alle zu einer aggressiven Ellenbogen-Gesellschaft und rastlosen Konsum-Gesellschaft. Er verpflichtet alle auf die Alternative „Mitmachen oder Untergehen“. Er täuscht Chancengleichheit vor, löscht Anders-Sein und Orientierung an anderen Menschen wie auch an der lebendigen, uns nährenden

³⁴ Durch den Begriff der „Optimierungsgesellschaft“ wird zugleich der bisher übliche Verlegenheitsbegriff der „Postwachstumsgesellschaft“ ersetzt bzw. mit konkretem Inhalt versehen, siehe oben die Publikation Seidl/Zahrnt Anm. 27.

Natur als „Schöpfung Gottes“ aus. Wirtschaft, Kultur und Religion wurden, wie es schon Karl Marx sah, zu einem von den menschlichen Bedürfnissen und den Erfordernissen der Natur abgelösten „System“, dessen einziges Ziel darin besteht, Wachstum durch Verbesserung zu erreichen. Unser Zusammenleben wird durch die abstrakte Fixierung auf eine „Ökonomie der Optimierung“ geradezu entsinnlicht. Zugleich werden wir durch die Forderung zu einer Selbst-Optimierung für die Wachstums- und Verbesserungsgesellschaft entmenschlicht. „Das Schlimmste daran ist, dass aus der Erde eine Handelsbank gemacht wird, die alles zur Ware macht.“³⁵ Um des Fetischs „Wachstum durch Optimierung willen wird alles gehandelt: Wasser, Luft, Tiere, Pflanzen, auch wir Menschen, unsere Organe, unsere Gene und selbst unser Gehirn.

Der Einzelne muss sich in diesem **Wachstumskampf** durch scheinbar objektive Informationen zu Wissenschaft und Technologie aufrüsten. Er muss sich Therapien, Beratungsangeboten unterschiedlichster Art und dem Zwang zu lebenslangem Lernen unterwerfen, um sich unter Verzicht auf eine persönlich gestaltete Sphäre in die Fortschrittsideologie einzupassen. Eine ausufernde Beratungs- und Medien-Industrie verspricht den „strebend Bemühten“ das Himmelreich auf Erden und beerbt damit die überkommenen Religionen. Optimierende Beratung gipfelt in einem Tauschgeschäft, mit dem das Folgende verheißen wird: „Wenn du Mensch, Tier, Pflanze, Erde und Weltall, Ökonomie, Technologien, Kultur und Religion, - eben alle und alles geschickt als Komponenten der Optimierung wahrnimmst und verwendest, dann gehörst du zu den Exponenten der Perfektion und bist Anwärter für den Club der Optimierten. Ansonsten fällst Du in das Drittel des Prekariats.“ Entsprechend weist sich Moral am Optimierungserfolg aus und nicht an unseren Beziehungen zu anderen Menschen und zur Natur.

Eine solche **säkularisierte, heilsgeschichtliche Optimierungsschau** verspricht dem wandernden Fortschrittvolk für einen jeden Augenblick eigener Anstrengung Erfüllung. Man bietet dazu Verstärker aller Art an. Als Garanten weiterer Steigerung werden Konzepte wie Aktieninvestitionen und Kapitalabsicherungen, Seelen- und Körper-Optimierungen, Beratungs- und Therapiekurse, Medikamente, Dopingmittel und selbst meditative Angebote zur Stärkung des eigenen Innenzentrums empfohlen. Die Anbieter verdienen daran Unmengen an Geld, und die Nutzer und Nutzerinnen dieser Angebote müssen um ihrer Dauerfitness willen immer tiefer in die Tasche greifen. Übrig bleiben die Optimierungsgewinnler auf der einen Seite, die sich mit ihren Erfolgen zugleich gegen ein Einhalten in der Beschleunigungsgesellschaft und gegen alle Rückfragen und moralische Bedenken immunisieren, und die depressiv werdenden Verlierer auf der anderen Seite, die in ihrer prekären Situation immer mehr zurück fallen und vor dem Hintergrund der herrschenden „multioptionalen Orientierungslosigkeit“ mehr und mehr in Verzweiflung getrieben werden.

Zwar behaupten Regierungen, die meisten weltweit agierenden Konzerne und Institutionen, auch manche Wissenschaftler und nahezu alle Massenmedien, sie würden alle-

³⁵ Boff, Die Erde ist uns anvertraut (wie Anm. 17), S. 37.

zeit und allerorten „nachhaltige Entwicklung“ betreiben. „Doch die Fakten haben klar gezeigt“, wie es Leonardo Boff formuliert, „dass diese Art von Entwicklung, wie sie weltweit durchgesetzt wurde, alles andere als nachhaltig ist. Sie stellt vielmehr sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht eine wahre Katastrophe dar: Einerseits bringt sie einen ungeheuren Reichtum hervor, und andererseits eine Armut, derer wir uns schämen müssen. In ökologischer Hinsicht ist sie pervers zu nennen, da sie in ihrem Drang, möglichst alle Reichtümer der Natur auszubeuten, **einen Großteil der Ökosysteme zerstört**. Und moralisch gesehen stellt sie ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, weil sie Millionen von Menschen für den Produktionsprozess verheizt“.³⁶

Das mit der Optimierungspraxis und der Optimierungsideologie transportierte Ethos, die in Firmenberichten und Werbungen, in politischen Aufrufen und pädagogischen Richtlinien, in Beratungskonzepten und Aufputzmittel-Broschüren angebotenen Ethiken, sehen dem entsprechend aus: Ethik wird fast durchgehend reduziert auf die Funktion der utilitaristischen Folgenbearbeitung; sie wird als Ethik der Nützlichkeit den Interessen der Machthabenden angepasst. Schlussendlich wird sie als Akzeptanz-Beschafferin für die Wachstumsindustrie und für den neuen Dienstleistungssektor „Optimierung“ eingesetzt. Außerdem wird Ethik zur Legitimierung des angeblich „von Natur aus Richtigen“ verwendet: Der Mensch also von Natur aus ein Leistungs- und Konkurrenzwesen? Zugleich wird in den Schaltstellen der Macht darüber bestimmt, was das natürliche Recht eines jeden jeweils bedeutet. Darüber hinaus wird sogar offen eine von der Wissenschaft gestützte Technokratie und Ökonomie ohne Ethik-Komponente vertreten, weil angeblich das Richtige durch die Natur- und Technik-Wissenschaften objektiv und ohne Notwendigkeit ethischer Beurteilung bestimmbar sei.

Durch die Optimierungsideologie verkommen Ethik, religiöse Handlungsmotivation, Moral und Engagement zu Kompensations- und Legitimationsinstrumenten der Macher und zu Feigenblättern der herrschenden Elite. Dieses spätkapitalistische System, das mit dem zerstörerischen Zins-Mechanismus, mit der virtuellen Kapitalvermehrung und der Konzentration der Macht über die Rohstoffmärkte jede persönlich-kommunikative Ökonomie verdrängt, ist mit seinen menschen- und naturfeindlichen Strukturen und Wirkungen ökonomisch, ökologisch, sozial und politisch gescheitert, auch wenn dies bisher kaum jemand wahrhaben will. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen, und die Mehrzahl der Menschen hält sich die Augen zu, um nicht den entstellten Anderen, die ausgebeutete Natur und die eigenen Perversionen sehen zu müssen. In einem schleichenden Prozess werden unsere Demokratie ausgehebelt und unsere religiös-humanitären Wurzeln und Handlungsweisen suspendiert. Dieses System koppelt sich zugleich weitgehend von den grundgesetzlich garantierten Grund- und Menschenrechten ab. An die Stelle der in unserem Grundgesetz jedem Menschen – als Geschenk – eignenden unverletzlichen Würde, an die Stelle der in Menschenrechten festgeschriebenen Gabe geschützten, freien Lebens und Zusammenlebens, und an die Stelle einer offenen Gesellschaft wie auch einer lebendigen Natur ist die destruktive Ver-

³⁶ Boff, Die Erde ist uns anvertraut (wie Anm. 17), S. 71.

pflchtung auf einen Fundamentalismus des „mehr“, des „besser“ und des „schneller“ getreten.

Wir müssen und können von Grund auf **umdenken und umlernen**, und zwar nicht einfach durch Imperative und Leitkulturen, die die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger doch nur zusätzlich beschneiden. Es gibt keine Befehls- und Gehorsamsethik, wohl aber eine Ethik der Befreiung aus diesem zerstörerischen Wachstumszwang. Wir müssen einfach wieder lernen, uns untereinander *wahr zu nehmen* und ebenso die Natur, die Erde, den Kosmos, die Schöpfung.³⁷ Dieses neue Wahrnehmen darf eben nicht mehr durch „ökonomistische“, technokratische, exklusiv wissenschaftliche, ideologisch-politische oder moralistische Optimierungsbrillen gesehen werden, sondern es geschieht nach christlichem Verständnis *von Angesicht zu Angesicht mit unseren fünf Sinnen*, als eine Ethik der sinnlich-körperlichen Begegnung. Dann aber fällt der Blick auch wieder auf die Armen, die Benachteiligten, die durch Schicksalsschläge Gezeichneten und überhaupt auf die in der Leistungsgesellschaft an den Rand gedrängten Bürgerinnen und Bürger. Dann fällt uns wieder neu ein, welche Art von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik uns Menschen und unserer Erde wirklich dienlich erscheint im Horizont eines persönlichen Wahrnehmens und Antwortens.

III: Gedanken zur Rolle des Geldwesens und von Spekulationsgeschäften

Spätestens seit der 2008 sichtbar gewordenen Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die **Abhängigkeit staatlicher Politik vom globalen Wirtschaften, vom Geldsystem** allenthalben bewusst. Immer mehr wird auf das Wachstum des internationalen Kapitals hin gearbeitet. Von dem darin erzielten Gewinn haben die Gesellschaften und auch die Volkswirtschaft immer weniger. Zwischen 1990 und 2006 ist das Verhältnis von Finanzanlagen zum Sozialprodukt weltweit von 109 auf 316 Prozent gestiegen. Nur noch in geringem Maße geht es den im globalen Kapitalismus agierenden Kräften noch um den realen Markt mit realen Produkten.

Das globale Finanzwesen ist nach dem alten **Prinzip des Zinseszinses** organisiert. Dessen Aggressivität liegt auf der Hand: Wer es sich leisten kann, Geld zur Verfügung zu stellen, lässt sich dafür bezahlen, wer es benötigt, muss die Zinslast tragen. Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben ist so zwangsläufig vorhersehbar.³⁸ Der **Zwang zum Wachstum** resultiert letztlich aus den Habenzinsen für langfristige Geldanlagen. Durch die positiven Zinsen wachsen alle Geldvermögen auf der Welt ständig in der Höhe des Zinssatzes, und das heißt: exponentiell. Hält nun die Nachfrage nach Krediten nicht mehr mit dem Zinszuwachs der Vermögen Schritt, müssen die Vermö-

³⁷ Reinhard Loske spricht davon, der „Natur ihren Raum zu lassen“, Loske, Abschied vom Wachstumszwang (wie Anm. 15), S. 58.

³⁸ Carl Amery, Global Exit, München 2002.

genszuwächse am Kapitalmarkt erwirtschaftet werden. Es gilt dann die Regel: „Spekulieren ist lukrativer als Investieren“. So kommt es regelmäßig zu „Spekulationsblasen“, die ebenso regelmäßig „platzen“, da das Vermögenswachstum durch das reale Wirtschaftswachstum nicht mehr gedeckt ist. Zinsbedingtes Vermögenswachstum erzeugt auf der einen Seite Reichtum, auf der anderen Seite Armut. Die Fakten sprechen für sich: Allein in Deutschland wurden 2007 über 200 Milliarden Euro an Zinsen umverteilt, zu 90 % an 10 % der vermögendsten Haushalte. Von 1950 bis 2000 wuchsen die privaten Geldvermögen auf das 32-fache, während die reale Wirtschaft im gleichen Zeitraum nur um das siebenfache zugenommen hat.³⁹

Wir befinden uns in der absurden Situation, dass die derzeitige Wirtschaftsform eine enorme **Staats- wie auch Privatverschuldung** verursacht hat. Die Schulden der öffentlichen Haushalte in Deutschland betragen derzeit fast zwei Billionen Euro, und von der Neuverschuldung im Bundesetat 2010 in Höhe von 48 Milliarden € sind allein 40 Milliarden € Zinsen für die Gesamtschulden zu zahlen. Um Zinsen wie Tilgungslast abzutragen, ist wiederum neues Wachstum nötig.⁴⁰ Das Schuldenproblem betrifft alle Industriestaaten; die Alterung der Gesellschaft wird es immer schwerer machen, die sich stets weiter anhäufenden Schulden zurück zu zahlen. So könnten sich die Schuldenquoten bis 2050 verdreifachen. Deutschland müsste dann 15 % seiner Wirtschaftsleistung allein für die Zinsen ausgeben – mehr als den gesamten heutigen Bundesetat.⁴¹ So ist die Wachstumsspirale zu einer Finanzblase mutiert. Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Christoph Binswanger hat gezeigt, dass im Geld, in seiner Entstehung und in seinen Wirkungen in gewissem Sinn Magie verborgen ist, die ein stetes Wachstum ermöglicht und auch dazu antreibt - eine Magie, die rational beschrieben werden kann, aber doch als Magie bestehen bleibt, die sich auch im Bild der Wachstumsspirale niederschlägt. Eine **Reform des Geldsystems** muss eine **Minderung des Wachstumszwangs** mit sich bringen. Vorschläge für eine solche Reform gibt es bereits: beispielsweise die Idee des sog. Vollgeldes von Joseph Huber und James Robertson, die auf dem Vorschlag für ein 100-Prozent-Geld von Irving Fisher aufbaut,⁴² die Idee des Grundeinkommens von Goetz Werner,⁴³ und die Idee des „Schwundgeldes“ von Silvio Gesell.⁴⁴ Man könnte sich durchaus eine Weiterentwicklung unseres Geldsystems auf

³⁹ Initiative 9,5 Thesen (Ralf Becker, Gundula Frieling, Heiko Kastner, Thomas Ruser), Stellungnahmen im Podium „Biblisches Zinsverbot“, Ökumenischer Kirchentag München 2010, siehe www.9komma5thesen.de.

⁴⁰ Schulden Ende 2010: 1.998,8 Milliarden €, pro Bürger/in 24.450 €. Quelle: Statistisches Bundesamt.

⁴¹ So Stephen G. Cecchetti (Chefvolkswirt der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 7. März 2010. Siehe auch dessen Monographie: Money, Banking and Financial Markets, 2. Aufl. 2007.

⁴² Joseph Huber/James Robertson, Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter, Kiel 2008.

⁴³ Götz Werner, Ein Grund für die Zukunft: Das Grundeinkommen, Stuttgart 2006.

⁴⁴ Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 1920, 9. Aufl. Lauf bei Nürnberg 1949 (= Kiel 2008).

der Basis all dieser Modelle vorstellen;⁴⁵ doch kann das hier nicht weiter diskutiert werden.

Hier stellt sich die Frage, inwieweit unser Geldsystem unter Vermeidung der Zins- und Zinseszinsnahme umgebaut werden kann, inwieweit sich die ewige Spirale der Umverteilung durch eine staatlich organisierte Rückverteilung durchbrechen ließe. Auch an eine Besteuerung der Spekulationsgewinne (Finanztransaktionssteuer) wäre zu denken. Einen Ausweg böte eine Währung, die auf marktwirtschaftlichem Wege langfristige Habenzinsen unterhalb der realen Wachstumsraten der Wirtschaft zu generieren in der Lage ist. Dies wird von den Ökonomen, die das Dogma von der Neutralität des Geldes nicht teilen, seit langem gesehen. Doch stellt sich dann die Frage, wie die Funktion der „Umlaufsicherung des Geldes“, die der Zins wahrnimmt, ersetzt werden kann. Heute finden wir auf diese Weise Zins überwindende Währungen im Bereich der sog. Regionalwährungen wie z.B. dem „Chiemgauer“. Diese sind auf Regionalaustausch beschränkt und erfüllen dort die Funktion einer Zweitwährung.⁴⁶

Eine ernsthafte Prüfung und ggf. **Förderung alternativer Geldsysteme** ist hilfreich im Bemühen, vom Wachstumszwang unseres gegenwärtigen Systems wegzukommen. Ein erster Schritt könnte in einem europaweiten Verbot des Zinswuchers bestehen. Die Zinsen sollten sich an der Entwicklung der Realwirtschaft orientieren und nicht an den Erwartungen von Aktienbesitzern und Spekulanten. Die Zentralbanken sollten durch kluge Geld- und Zinspolitik einen engen Rahmen für die zur Steuerung des Marktes nötigen Zinsschwankungen setzen: Leitzinssätze in Höhe der um Umwelt- und Sozialstandards korrigierten realen Produktivität der Wirtschaft. Auch muss die Höhe der Zinsspanne, von der die Banken leben, überprüft werden. Es geht nicht an, dass die Banken von der Zentralbank Geld zu einem Prozent bekommen und gleichzeitig von Kreditnehmern z.B. bei Dispositionskrediten über elf Prozent verlangen. Ein weiterer Schritt wäre die **Ausweitung von Regionalwährungen**, wie z.B. dem 'Chiemgauer', bei dem es schon ohne Zinsen funktioniert. Anregungen gibt es auch für zinslose Währungen in Kirchengemeinden. – Interessant erscheint, dass es in Bibel und Koran gleichermassen Zinsverbote⁴⁷ gibt. Nach Carl Amery gilt es, „das Geld von seinem Status als *absolutum*, als Sakrament zu befreien, es wieder zu einem nüchternen Werkzeug zu machen [...]. Entscheidend wäre es, sich mit möglichst vielen Schuldbeteiligten zu verständigen, die Last der Verschuldung (der materiellen, der moralischen, der gesellschaftlichen) an den Gott (Mammon) entscheidend zu verringern, indem man ihm steigende Mengen an Verfügungsmasse entzieht.“⁴⁸

Ein weiterer Bestandteil der „Wachstumsideologie“ besteht in der **kreditfinanzierten Spekulation mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Rohstoffen**. Zunehmende

⁴⁵ So: Hans-Christoph Binswanger, Wachstumszwang und Nachhaltigkeit. Vortrag an der Universität Oldenburg 2008.

⁴⁶ Initiative 9,5 (wie Anm. 39).

⁴⁷ Siehe 3.Mose 25, V.36 u. 37.

⁴⁸ Amery, Global Exit (wie Anm. 38).

Wetterkapriolen und Hungerkrisen sorgen immer öfters für Nahrungsmittelknappheit. Die Preise werden zusätzlich durch Spekulanten hochgetrieben. Großanleger bestimmen den Preis durch Warentermingeschäfte und sind nicht an Waren, sondern nur noch an Spekulationen mit Gewinnaussichten interessiert. Entsprechend stellte der Politologe Markus Henn von der Entwicklungsorganisation WEED in einem Memorandum an den deutschen Bundestag fest, dass der Ernteausfall weltweit viel zu gering sei, um die enormen Preissteigerungen zu erklären.⁴⁹ Der Nahrungsmittelindex der Welternährungsorganisation FAO, der die Preisentwicklung wichtiger Agrargüter zusammenfasst, war schon bis Ende Juli 2010 auf 163 Punkte gestiegen. Er lag damit nur um 15 Punkte unter jenen 191 Punkten aus dem Jahr 2008, dem Jahr der Hungeraufstände.

Zwar gibt es (noch) genügend Nahrungsmittel für alle Menschen. Doch ein gutes Drittel des Getreides wird an Tiere verfüttert – dadurch mutieren sieben Kalorien Getreide zu einer Edelkalorie Fleisch. Dazu kommt, dass in wachsendem Maße Nahrungsmittel zu Biosprit verarbeitet werden. Seit Langem bereiten sich die Spekulanten auf diese Situation vor. Sie haben Instrumentarien entwickelt, die **aus vermeintlicher Sicherheit eine hohe Rendite** schöpfen. Das wichtigste dieser Produkte sind die *Collateralized Commodity Obligations*: Kaufoptionen für unterschiedliche Nahrungsmittel werden hier zu einem „Produkt“ verknüpft, sodass Risiken verteilt und hohe Renditen gesichert werden können. Was so gut klingt, vergleichen manche Börsenbeobachter bereits mit den „Ramschkrediten“ auf jenem Immobilienmarkt, dessen Zusammenbruch die Finanzkrise auslöste. Dennoch steht außer Zweifel, dass solche Finanzprodukte immer mehr Geld in die Spekulation mit Nahrungsmitteln treiben werden. Die Spekulanten wollen zwar weder Weizen noch Mais; durch ihre Aktivitäten treiben sie jedoch die Handelspreise für Weizen oder Mais auf ein Niveau, das für die Ärmsten der Armen katastrophal wird: Die dafür verlangten Preise können sie beim besten Willen nicht mehr bezahlen.

Deshalb fordern viele Entwicklungsfachleute die Regierungen auf, zumindest die Spekulationstätigkeit jener einzuschränken, die gar nicht an den Nahrungsmitteln interessiert sind. Noch weiter geht der ehemalige UNO-Beauftragte für das Recht auf Ernährung, Jean Ziegler: Er will alle **Spekulationen mit Nahrungsmitteln als „unethisch“** überhaupt verbieten lassen.⁵⁰ Dem sollten wir uns mit der politischen Forderung nach einem Verbot kreditfinanzierter Spekulation mit Nahrungsmitteln und lebensnotwendigen Rohstoffen anschließen.

⁴⁹ Markus Henn, Vortrag Nahrungsmittelspekulation vom 26. 11. 2010; vgl. auch sein Memorandum zur Finanzmarktreform. Eine umfassende Antwort auf die systematische Krise, vom 7. Mai 2010, alles unter www.weed-online.org. (im Auftrag von WEED: World Economy Ecology Development).

⁵⁰ Wolfgang Kessler, Der Hunger der Spekulanten, in: Publik Forum Nr. 17, 2010, S. 22; siehe auch ders.: Zeit für ein neues Wirtschaftsmodell, in: Publik Forum Nr. 17, 2010, S. 12.

IV: Für eine Politik der Nachhaltigkeit

Wirtschaftliches Wachstum muß in „**nachhaltiges Wirtschaften**“ übergeleitet werden:bot

Ein Wachstum, das durch übermäßigen Verbrauch der knappen und endlichen Ressourcen erkauft wird, das also den späteren Generationen die Lösung der damit entstehenden Probleme überläßt, kann nach unserem Verständnis kein reales Wachstum sein.⁵¹ Nach christlicher Tradition in der Nachfolge des Franz von Assisi wird nachhaltiges Handeln dem Menschen als Gabe bzw. Gnade Gottes gewährt, und nur sie befähigt zu einem Leben im Einklang mit der Natur, der Schöpfung.⁵² Insofern ist Nachhaltigkeit ein ethisches Prinzip, das deshalb auch zum Fundament einer globalen Ethik wurde, wie es sich in der „Erd-Charta“ niederschlug.⁵³

Der **Begriff der Nachhaltigkeit** wurde erstmals zu Beginn des 18. Jahrhunderts in der Forstwirtschaft im Rahmen merkantilistischer Staatsziele im Zusammenhang mit der riesigen, flächenhaften Waldvernichtung und der damit verbundenen Holznot der Bevölkerung formuliert. Die forstliche Praxis der unkontrollierten Ausbeutung der Wälder wurde so begründet, dass nicht mehr Holz eingeschlagen werden darf, als nachwachsen kann.⁵⁴ Dieses damals neue **Prinzip der Nachhaltigkeit** ist dann 1987 mit dem Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung erweitert worden.⁵⁵ Nachhaltige Entwicklung bezeichnet seither politisches Handeln, das „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Dieses Prinzip der „**Generationsengerechtigkeit**“ (intergenerative ökologische Gerechtigkeit) ist seither regelmäßiger Bestandteil internationaler Umweltabkommen.

Dem entsprechend orientieren sich an diesem Grundsatz die **Beschlüsse der VN-Konferenzen für Umwelt und Entwicklung** auf den Weltkonferenzen von Rio de Janeiro 1992 mit dem dort verabschiedeten Aktionsprogramm der „Agenda 21“, und von Aalborg 1994 mit der hier beschlossenen Charta. Das gleiche gilt für die zwei Jahre später 1996 in Lissabon gefassten Beschlüsse der „Zweiten Europäischen Konferenz zu-

⁵¹ Vgl. dazu und für das Folgende: Ulrich Grober, Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, München 2010. Zuletzt siehe: The Government Office of Science (Hg.), Challenges and Choices for Global Sustainability. Final Project Report, London 2011.

⁵² Grober, Nachhaltigkeit (wie Anm. 50), S. 47 f.

⁵³ Grober, Nachhaltigkeit (wie Anm. 50), S. 266, nach Erd-Charta, deutsche Fassung, hg. Von der Ökumenischen Initiative Eine Welt, 5. Aufl. 2006 (Originalfassung: www.earthcharter.org).

⁵⁴ Hanns Carl von Carlowitz, Sylvicultura Oeconomica: haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anleitung zur Wilden Baum-Zucht, 1713, Nachdruck 2009. Dazu: Grober, Nachhaltigkeit (wie Anm. 50), S. 111 ff. Der Forstwirt v. Carlowitz stand in der Tradition des fürstlichen Kameralismus, der an einer Vermehrung der staatlichen Ressourcen interessiert war.

⁵⁵ Hierzu weitere Nachweise bei: Volker Hauff (Hg.), Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987.

kunftsbeständiger Städte und Gemeinden“. Sie fordern allesamt eine nachhaltige und damit zukunftsfähige Entwicklung ein.⁵⁶

1996 erschien im Auftrag von BUND und MISEREOR und erstellt vom Wuppertal Institut die **Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“**.⁵⁷ Die Autoren Angelika Zahrt und Norbert Herkenrath legen im Vorwort nahe: „Wir brauchen eine Vision - eine Vision vom Leben in einer Welt, in der die begrenzten Ressourcen schonend genutzt und gerechter verteilt werden [...]. Die Umweltpolitik wiederum gewinnt erst durch die Einbeziehung der globalen Verantwortung und durch das Bemühen um eine soziale Gerechtigkeit ihre wirkliche Perspektive der Nachhaltigkeit“. Felix Ekardt kritisierte darauf in einer 2005 Arbeit⁵⁸ das weit verbreitete „Dreisäulenmodell“, das die von ausgewogene Berücksichtigung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen vorsieht: „Mit dem Reden von den ‚drei Säulen‘ verkörpert Nachhaltigkeit plötzlich nur noch die recht unspektakuläre Botschaft, daß politische Entscheidungen heutige verschiedene Belange möglichst in Einklang bringen sollten (mehr Wachstum, mehr Naturschutz, mehr Kindergärten)“. „Dies ist nicht die große Vision die wir brauchen. Das Thema Nachhaltigkeit steht für eine dauerhaft und global lebenswerte Welt, ist also auf Langfristigkeit angelegt. Außerdem erscheint es nicht als sinnvoll die Begrifflichkeiten ökologisch, sozial, ökonomisch völlig zu trennen. Kann doch saubere Luft auch als ein soziales oder ökonomisches Ziel verstanden werden.“

Bereits im April 2001 wurde von der ROT-GRÜNEN Bundesregierung ein **„Rat für Nachhaltige Entwicklung“** (RNE) gebildet. Als Aufgabe des Rates, dem 15 Personen des öffentlichen Lebens angehören sollten⁵⁹, wurde die Ausarbeitung von Beiträgen zur Umsetzung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie benannt, auch die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. 2002 wurde in diesem Rahmen von der Bundesregierung eine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Seitdem ist diese mit Hilfe so genannter Fortschrittsberichte mehrfach weiterentwickelt worden. Ergebnisse von öffentlichen Konsultationsprozessen wurden in die jeweiligen Nachhaltigkeitsberichte aufgenommen. Im Herbst 2010 hat der Konsultationsprozess für den nächsten, für 2012 geplanten Fortschrittsbericht begonnen.⁶⁰

2010 forderte der Nachhaltigkeitsrat **klare Regeln an den Finanzmärkten** und eine Neuordnung des Landesbankensektors. Im gleichen Jahr forderten sechzehn Oberbür-

⁵⁶ Zur Entwicklung siehe: Ulrich Grober, Der Erfinder der Nachhaltigkeit. „Sustainable development“, das weltweit diskutierte Entwicklungskonzept hat eine überraschende Geschichte. Sie führt ins barocke Sachsen zu Hans Carl von Carlowitz in der Silberstadt Freiberg, in: DIE ZEIT vom 25. 11. 1999, S. 98.

⁵⁷ BUND/Miserior (Hgg.), Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel, Boston, Berlin 1997 (Autoren: Reinhard Loske, Raimund Bleischwitz u.a.).

⁵⁸ Felix Ekardt, Das Prinzip Nachhaltigkeit. Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit, München 2005.

⁵⁹ Den Vorsitz hatte zunächst der SPD-Politiker Volker Hauff inne, dem später der CDU-Mann Hans-Peter Repnik folgte.

⁶⁰ Siehe die Angaben unter www.dialog-nachhaltigkeit.de

germeister von Bund und Ländern Unterstützung für eine nachhaltige Politik in den Kommunen. Diese Initiative wurde unterstützt und begleitet vom CDU-Politiker Hans-Peter Repnik, dem neuen Vorsitzenden des Rats. Seiner Ansicht nach sei die Kommune derjenige Ort, an dem die Menschen den notwendigen Umbau der Energieversorgung, des Verkehrssektors und der Rohstoffwirtschaft unmittelbar erleben. „Hier leben die Menschen, und hier müssen wir sie für eine nachhaltige Lebensweise gewinnen.“⁶¹

Damit allerdings wurde allerdings der Kern der von Bündnis 90/Die Grünen zusammen mit den Sozialdemokraten geforderten **Nachhaltigkeitsstrategie** in den Hintergrund gedrängt. Dementsprechend gab es Kritik. In einer Stellungnahme der Umweltverbände DNR e.V., BUND e.V. und NABU e.V. zum Fortschrittsbericht von 2008 wurde bemängelt, daß von der Regierungspolitik die Nachhaltigkeitsziele in wichtigen Bereichen missachtet würden. So gehe die deutsche Bundesregierung das Schwerpunktthema „Rohstoffwirtschaft“ viel zu technikorientiert an. In erster Linie liege ihr die Sicherung der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen am Herzen. Die jedoch sehr viel notwendige Veränderung von Verhaltensweisen und Konsummustern⁶² erfahre dagegen durch die Regierung offensichtlich keinerlei ernstzunehmende politische Unterstützung. Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsergebnisse fänden lediglich einmal⁶³, sozialwissenschaftliche überhaupt keine Erwähnung. Deshalb kamen die beteiligten Umweltverbände zum Ergebnis, daß der Bericht die Frage unbeantwortet lasse, wie man dringend nötige Veränderungen erreichen wolle, insbesondere was zu einem qualitativen wirtschaftlichen Wachstum und zu einer größeren Schonung der Ressourcen getan werden müsse.

Gleiche Hinweise finden sich auch in einem im September 2010 erschienen Beitrag von Niko Paech,⁶⁴ in dem u.a. ausgeführt wird: „Damals wurde das unhaltbare Modell des unbegrenzten materiellen Wachstums durch eine vermeintlich geläuterte Fortschrittszuversicht verdrängt, die eng mit den Vorstellungen von einer nachhaltigen Entwicklung verwoben ist. Doch was hier als ökologische Aufklärung daherkam, verleitet im Grunde nur zu einer weiteren **Verschärfung des ökonomischen und technischen Machbarkeitswahns**. Denn fortan begnügen sich die immer noch den Ton angeben den Fortschrittsideologen nicht mehr damit, die materialisierten Symbole für Freiheit und Wohlergehen immer weiter zu mehren; vielmehr behaupten sie jetzt allen Ernstes, daß all dies auf ökologisch unschädliche Weise erreicht werden könne. Damit begann der große Selbstbetrug des nachhaltigen, des „grünen“ Wirtschaftens, das als „qualitatives und „kohlenstoffreies“ Wachstum schöngeredet wird.“

⁶¹ Oberbürgermeister der Städte Augsburg u.a. (Hgg.), Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in den Kommunen, erarbeitet im Rahmen des Dialogs „Nachhaltige Städte“, Berlin 2010.

⁶² Die Bundesregierung (Hg.), Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland (auch: www.bundesregierung.de/...fortschrittsbericht-2008.html), S. 105.

⁶³ Fortschrittsbericht 2008, S. 114.

⁶⁴ Niko Paech, Die Legende vom nachhaltigen Wachstum, Nachweise wie Anm. 31.

In diesem Sinne muß das **Prinzip der Nachhaltigkeit als unverzichtbares Element** in jede Debatte über eine Begrenzung des Wachstums einbezogen werden: Eine Generationengerechtigkeit kann nicht durch wirtschaftliches Wachstum erreicht werden, da damit nicht nur weitere Schulden auf spätere Generationen abgewälzt werden, sondern auch ökologische Schäden als kaum noch tragbare und reparable Lasten fortgeschleppt werden. Das regenerative Potential der Natur muß erhalten bleiben und darf nicht den Luxusansprüchen der Überflußgesellschaft zum Opfer fallen.⁶⁵ „Nicht alles, was wir vielleicht wollen und können, sollten wir tun. Vielmehr gilt es der Einsicht zu folgen, daß auch nachfolgende Menschheits-Generationen und andere Lebewesen ein Recht auf Leben haben.“⁶⁶

V: Plädoyer für einen bescheideneren und solidarischen Lebensstil

„Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, daß das entscheidende ökologische Problem nicht die Zahl der Menschen auf der Erde, sondern der Ressourcenverbrauch pro Kopf ist – mit anderen Worten, **unser Lebensstil**.“ So schrieb vor kurzem ein nüchterner Denker, der Londoner Politologe John Gray.⁶⁷ Diese Aussage müßte uns nachdenklich stimmen, zieht sie doch aus der Analyse einer geistigen Krisensituation eine Folgerung für persönliches Verhalten. Sieht man sich persönliche Verhaltensweisen und Ziele näher an, so stellt man auffallende **Widersprüche** zwischen Wissen, Idealen und je eigener Lebensweise fest. Daß die Luxusansprüche in einer Gesellschaft des Überflusses geradezu das Prinzip nachhaltigen Ressourcenverbrauchs geradezu konterkarieren, konnte schon im vorigen Abschnitt festgestellt werden.

Im Folgenden soll es nicht eigentlich um Verzicht gehen, sondern um Befreiung aus einem überholten Kulturmuster, oder mehr noch: nicht um Verlust, sondern um Gewinn an Lebensqualität; diese bildet dann den Rahmen, innerhalb dessen ein neuer Lebensstil der Bescheidenheit Wurzeln fassen kann.

Im Vordergrund unseres ethischen Verständnisses steht dabei immer die sinnlich-körperliche Begegnung mit dem anderen Menschen, dem „Nächsten“ nach der christlichen Terminologie. Wir müssen die Perspektive des bisher gewohnten ethischen Verständnisses umdrehen und nicht beim sich selbst inszenierenden Subjekt beginnen, sondern bei dem mir begegnenden anderen Menschen und bei der mir begegnenden Schöpfungsnatur. Erst darüber bekommen Modelle und Vorschläge zu Fragen des Lebensstils ihren Sinn und ihre Verortung in der Gesellschaft.⁶⁸

⁶⁵ Grober, Nachhaltigkeit (wie Anm. 50), S. 85 f., 118.

⁶⁶ So Loske, Abschied vom Wachstumszwang (wie Anm. 15), S. 58.

⁶⁷ Gray, Politik der Apokalypse (wie Anm. 5), S. 312.

⁶⁸ Siehe dazu oben Kap. II.

Wenn wir unsere Eigenverantwortung betonen, sollten wir auch an der grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit und Solidarität mitwirken und dabei die neuen zivilgesellschaftlichen Politikformen stärken. Wo von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), Protestbewegungen wie Greenpeace oder ATTAC, von Gewerkschaften, Jugendverbänden oder Kirchen Forderungen nach Zukunftsfähigkeit erhoben werden, sollten wir sie dabei unterstützen. Indem wir für Konsequenzen im scheinbar privaten Bereich eintreten, sehen wir **persönliche Konsequenzen als notwendige Ergänzung** zu den wichtigen Aktivitäten im politischen Raum. Wer politische Forderungen stellt, ohne sein eigenes Leben zu verändern, wird zum Heuchler; wer nur sein eigenes Leben verändert, ohne sich für politische Veränderungen einzusetzen, bleibt ein Träumer. Beide Bereiche müssen aufeinander bezogen sein. Es geht aber auch um eine „Entfaltung des Gemeinsinns“ und den Mut zu einem größeren und wirksameren sozialen Engagement.⁶⁹

Wir können unser **persönliches Konsumverhalten** schrittweise überprüfen und ökologisch umgestalten, dazu unser Sozialverhalten verstärkt an Prinzipien der Solidarität und Zusammenarbeit ausrichten. Dies kann durch ein **nachhaltiges Konsumverhalten** geschehen. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Wir brauchen nicht besonders viele und vielerlei Güter und Dienstleistungen, sondern gute.⁷⁰ Wir können beim Einkauf von Lebensmitteln auf ökologische Erzeugung, artgerechte Tierhaltung und regionale Herkunft achten. Wie können bei allen Konsumgütern danach fragen, ob sie für uns wirklich unentbehrlich erscheinen; wir können auf ihre Energiebilanz achten, auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit, die Wiederverwendbarkeit oder Verrottungsfähigkeit der Materialien und auf möglichst geringe Verpackung. Brauchbare Kleidung und andere intakte Konsumgüter sollten wir in Second-hand-Läden geben anstatt sie wegzuworfen, und selbst bereit werden, dort einzukaufen. Bei der Raumbeheizung sollten wir auf gute Dämmung, richtige Lüftung und angemessene Temperaturen achten. Wasser sollten wir sparsam verwenden, Warmwasser möglichst durch Sonnenkollektoren erzeugen. Elektrischen Strom sollten wir im Verbrauch senken und von Ökostrom-Anbietern beziehen. Wann immer es individuell möglich ist, sollten wir das Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel nutzen, Flugzeuge jedoch nur in dringenden Fällen.

Wichtig wäre es auch, daß statt **Konkurrenzdenken ein solidarisches Denken** mehr Eingang findet. Die Lösung sozialer Probleme und die Bekämpfung der Massenarmut ist eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft. Daraus folgt für unser persönliches Handeln, daß wir so viel wie möglich Produkte aus Fairem Handel kaufen und zu verkaufen helfen, weil die höheren Preise den Erzeugern in Armutsländern ermöglichen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Wir können uns weiter durch Spenden, persönliches Engagement und durch Information für Selbsthilfeprojekte und soziale Bewegungen in Armutsländern einsetzen. Wir können uns für Asylsuchende und

⁶⁹ Miegel, Exit (wie Anm. 1), S. 205 ff.)

⁷⁰ Ideen teilweise entnommen aus: Gerhard Breidenstein u.a., Initiative: Aufbruch anders besser leben. Das Netzwerk für eine zukunftsfähige Lebensweise. Basistext (Red.: Bobby Langer), Karlsruhe 2003. Dieser Text wurde online zur Verfügung gestellt (www.anders-besser-leben.de).

Flüchtlinge bei uns stark machen, zugleich von ihren Kulturen lernen und gegen Rassismus, Sexismus und alle Formen sozialer Diskriminierung in unserem Land eintreten. Schließlich können wir die Forderungen der internationalen Erlassjahr-Kampagne zur Streichung der illegitimen Schulden der armen Länder des Südens unterstützen.

Weiter können wir darauf achten, dass wir **Arbeit teilen**, indem diejenigen, die Arbeit haben, soweit wie möglich ihre Wochen-, Jahres- und Lebens-Arbeitszeit verkürzen, selbst wenn sie dadurch weniger Geldeinkommen beziehen; der Zugewinn an Freizeit und die zusätzliche Beschäftigung von Arbeitslosen sollten uns wichtiger sein als der höhere Konsum. Wir können erspartes oder geerbtes Vermögen und vielleicht sogar einen Teil unseres Einkommens vorrangig nach sozialen und ökologischen Kriterien anlegen (ethisches Investment), verleihen oder verschenken. **Solidarisches Handeln** und nicht optimierendes Konkurrenzdenken muss nach all dem zum Leitprinzip gesellschaftlichen Lebens werden.

Letztlich geht es um ein *ganzheitliches Denken*. Die kapitalistische Wirtschaft kann sich bisher auf unser inneres, oft unbewusstes Einverständnis mit dem *Konsumismus* verlassen. Ein Aufbruch aus dem zugrundeliegenden Materialismus erfordert sinnlich-körperliche Alternativen und Kraftquellen, die vom vorherrschenden ökonomischen Kulturmuster unabhängig sind und eine neue, ganzheitliche Lebensweise ermöglichen. Daraus folgt: Wir können uns Zeiten und Räume der Stille schaffen, für Abstand von der alltäglichen Reizüberflutung, von Hektik und Stress sorgen. Wir können unser Verhalten an Werten wie Ehrfurcht vor allem Leben, Gewaltfreiheit, Wahrhaftigkeit, Versöhnungsbereitschaft, Mitgefühl, Toleranz sowie Achtsamkeit in allen Situationen orientieren. Wir können den übertriebenen Individualismus überwinden, indem wir uns dessen bewußt werden, daß wir mit anderen Menschen, mit allen Lebewesen, mit Luft, Wasser, der Erde und der Energie der Sonne unauflöslich verbunden sind.

Schon bisher gab es solche alternative Kulturmilieus: Frauen-, Friedens-, Umweltbewegungen, und viele andere. Aus ihnen entstand letztlich auch die Partei von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Neben sozialen und ökologischen Werten spielen Orientierungen an Spiritualität und innerem Wachstum eine herausragende Rolle. Der "Konziliare Prozess" für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung hat weltweit christliche Kirchen und Gruppierungen erfaßt. Die Umsetzung der Agenda-21-Ziele reicht bis hinunter auf die kommunale Ebene. Die großen nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), die „Erd-Charta-Bewegung“ wie auch das „Welt-Ethos-Projekt“ der Weltreligionen werden von Millionen Menschen unterstützt. Besonders ermutigend ist der große Zulauf zu dem internationalen Netzwerk ATTAC. Und der international vernetzte Protest gegen die neoliberale Globalisierung ist entgegen landläufiger Meinung zugleich eine Bewegung in Richtung auf eine "Globalisierung von unten".

Schon länger breitet sich ein **neues Weltbild der sinnlich-leiblichen Begegnungen** aus: In vielen Wissenschaftsbereichen finden sich Ansätze zu einem systemischen, ganzheitlichen Denken. Es trägt zu einem neuen Verständnis des Menschen bei. Die Natur wird nicht mehr als beherrschbares Gegenüber verstanden, sondern wir Menschen als ihr integraler Teil, als Zellen in einem erdumspannenden Lebensnetz.

VI: Lebensqualität als Wachstums-Indikator

Unsere Arbeitshypothese in der Diskussion um qualitatives oder/und quantitatives Wachstum lautet: Wir, gemeint ist die „westliche“ Welt ohne China, Schwellen- und Entwicklungsländer wie Indien und Brasilien – leben derzeit auf der Schwelle von der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft, die bislang noch an sozialer Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaatlichkeit orientiert ist, in eine Gesellschaft, deren Konturen wir nicht kennen und die wir deswegen gemeinsam – in recht verstandener Globalisierung – bestimmen und praktizieren müssen. Wir wollen und müssen Wachstum nicht mehr vornehmlich am Bruttoinlandsprodukt ausrichten und messen, sondern eine viel weitere, nämlich soziale, ökologische, demokratiepolitische und zivilgesellschaftliche Vision und Praxis von Lebensqualität bestimmen und leben. Wir werden **unseren Verbraucherstil ändern müssen** und werden in einer im Weltvergleich immer noch vorteilhaften Genügsamkeit leben können. Ob wir Europäer zu einer verarmenden Weltprovinz werden oder mit einer europäischen Merkel-Sarkozy-Wirtschaftsregierung bestehen werden, ist offen. Jedenfalls: „Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes exponentielles Wachstum glaubt, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom“ (so Boulding, Gründervater der ökologischen Ökonomik), wie die letzten Milliarden-Bonizahlungen in der Banker-Parallelgesellschaft belegen. Damit steht die Frage vor uns: Wer darf zukünftig an welcher Art von Wachstum nach welchen Kriterien teilhaben? Unser Lebensstil, unsere Lebensqualität, unsere Lebenssicherung, unsere Wünsche nach gutem und gerechtem Zusammenleben in einem demokratischen Rechtsstaat, unsere Gesellschaft, Europa stehen auf dem Spiel. Wie verfahren wir, wenn wir uns nicht völlig verfahren wollen? Es gibt drei mögliche Wege:

Der erste Weg besteht in einer radikalen Kehrtwende von der Wachstumsgesellschaft, die sich als rendite-, leistungs-, und konsumgetriebene Optimierungsgesellschaft derzeit ihr eigenes Ende bereitet. Die in der sogenannten Fortschrittsmoderne ab etwa 1780 gestaltete Wachstums- und Fortschrittsgesellschaft kommt an ihre Grenzen und geht ihrem Ende entgegen. So äußerte sich Finanzminister Schäuble 2009: „Dies ist die erste globale Krise, die die freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung bedroht. Wir müssen auf eine nachhaltige Wirtschaftsordnung umsteuern“ – leider ohne Wirkung. Zudem hält der Chef-Volkswirt der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung, Heiner Flassbeck, die Wachstumsvorhersagen zur Hälfte für reines Wunschdenken, so dass z.B. bei uns aus 0,4 % Anstieg der „bereinigten“ Realeinkommen über 2 % Wachstum durch mehr Konsum phantasiert werden. Die Gesundheitsforscherin Kate Pickett hat das Dogma der Ökonomen, dass steigende Ungleichheit zu mehr Leistung ansporne, in Zweifel gezogen: Die Ungleichheit schade nachweislich den Armen wie Reichen gleichermaßen.

Der zweite Weg setzt weiterhin auf ungehemmtes Wachstum. So wird dem Appell zur Genügsamkeit entgegnet, dass wohlhabende Gesellschaften wie Deutschland – ohne Wachstum ihr Ende erleben würden. Begründet wird dies anthropologisch, dass der Mensch von Natur aus ein *homo oeconomicus* sei. Wachstum brauche, wer glücklich

sein wolle; er könne demnach nicht in Genügsamkeit auf einem mittleren Einkommens- und Konsumniveau leben. Und *ökonomisch* wird behauptet, dass ein Unternehmen ohne Profit-Maximierung seinen eigenen Untergang herbeiführe.

Seit einigen Jahren wird ein **dritter Weg** als differenzierte Variante des ersten Wegs vorgeschlagen, dass wir nämlich Wachstum als Aufgabe für umfassende und nicht nur wirtschaftlich definierte Lebensqualität praktizieren und theoretisch ausweisen müssen. Es gibt, darüber sind sich alle Reformer einig, keine Patentlösung und keinen Königsweg, wohl aber sind intensive sachkundige Diskussionen zu führen und die Weltgesellschaft in transparenter Weise aufzuklären und zu informieren. Wachstum wird nicht mehr einfach mit „ja oder nein“ in Schwarz-weiß-Malerei gegenübergestellt, sondern es wird eine differenzierte qualitative Neubestimmung des bislang ausschließlich am Bruttoinlandsprodukt mit Blick auf Dax und Shareholder quantitativ-wirtschaftlich orientierten Wachstum vollzogen. Dieser Indikator wird erweitert: Er wird nur noch als ein wichtiger, aber nicht allein bestimmender Faktor in die Neubestimmung von umfassender Lebensqualität eingebracht. So werden z.B. der Wert unbezahlter Haus- und Pflegearbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten, eine gute Regierungsführung, ebenso geistiges und geistliches Wohlbefinden und Freiheit zur Ausübung als neue Fortschrittsindikatoren angewandt.

VII: Was ist zu tun? Was steht auf der politischen Agenda?

Wer die vorstehenden Überlegungen aufmerksam gelesen hat, wird vielleicht daran zweifeln, ob die beschriebenen Szenarien überhaupt noch etwas mit der politischen und gesellschaftlichen Realität zu tun haben. Man könnte zum Schluss kommen, dass hier Visionen oder unrealistische Fernziele gemeint sind, die nur von „Gutmenschen“ erdacht sein können, nicht aber auf die **politische Agenda** gesetzt werden können. Folgt man jedoch hier dem „politischen Realisten“ John Gray, kann man durchaus feststellen, dass politisches Handeln selbst interessengeleitet ist – vielleicht dem Wohl der eigenen Bürgerschaft verpflichtet, nicht aber dem der Menschheit insgesamt; dass dieses Handeln aber dennoch nach ethischen Kriterien beurteilt werden muss.⁷¹ Um Kriterien für politisches Handeln zu finden, bedarf es also beider Komponenten: Es bedarf einer Analyse der tatsächlichen, von Interessen geleiteten Handlungsweise politischer Akteure auf der einen Seite, zugleich aber einer Aufdeckung der hinter den Interessen sich verbergenden Gefahren und Chancen. Diesen kann in politisch-ethischem Handeln begegnet werden.

Es genügt nicht, zur Erreichung politischer Ziele immer neu von Nachhaltigkeit, von Einschränkungen, von Solidarität und Umverteilungen zu reden. Die Berechtigung da-

⁷¹ Gray, Politik der Apokalypse (wie Anm. 5), S. 304 f.

zu ergibt sich nur für diejenigen, die sich der Konsequenzen, auch sich der Inhalte und Hintergründe bewusst sind.

Eine **wesentliche Aussage** der vorstehenden Analyse besteht darin, dass politisches Handeln mit persönlichem Verhalten mehr als bisher synchronisiert werden muss. Man kann nicht etwas als PolitikerIn fordern, was man im privaten Leben für unerheblich hält. Das wertorientierte Alltagsverhalten muss in gleicher Weise das politische Verhalten bestimmen. Dies ist ein Grundsatz, der gerade von Bündnis 90/DIE GRÜNEN seit Anfang an eine wichtige Rolle gespielt hat.

Eine weitere Aussage besteht darin, dass über die überkommenen Prinzipien des Geldverkehrs neu nachgedacht werden sollte. Zins und Zinseszins sind keine naturgesetzlichen Prinzipien ökonomischen Handelns, sondern Festlegungen, die in Zeiten des industriellen Fortschritts im 19. Und beginnenden 20. Jahrhundert eine förderliche Rolle gespielt haben dürften, heute jedoch nur noch Hebel zum Anreiz reinen Spekulantentums sind. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich so jederzeit wiederholen kann, hat dies mehr als deutlich vor Augen geführt.

Drittens sollte inzwischen jedermann klar sein, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit keine leere, politisch wohlfeile Floskel mehr sein darf. Politisches und wirtschaftliches Handeln muss sich an der Tatsache orientieren, dass wir auf einem begrenzten Planeten mit begrenzten Ressourcen leben. Man muss sich deshalb die Frage stellen, welche Welt wir künftigen Generationen, angefangen bei der jetzt aufwachsenden Generation, hinterlassen wollen, und ob die immer noch im Wachsen begriffene Menschheit dankbar und durchführbar ist. Nach unserer Meinung ist vielmehr das Motto des Diakonischen Werks angesagt: „Die Welt besteht aus Teilen“, mit allen seinen Konsequenzen.

Ist man einmal zur Erkenntnis gekommen, dass schon jetzt, auch ohne Neuaufnahme von Schulden, durch den sich ständig steigernden Eingriff in unsere natürliche Lebenswelt die Grundlagen künftigen Lebens erheblich eingeschränkt werden, so ergibt sich schon daraus, dass unser eigener Lebensstil in jeder Hinsicht auf den Prüfstand gestellt werden muss. Was können wir tun, um die vorhandenen Ressourcen nicht weiter anzugreifen, um dennoch vielleicht ein Mehr ein Lebensqualität zu erreichen oder wenigstens die gewohnten Standards zu erhalten? Genügt es noch, nur unser eigenes, persönliches Wohl im Auge zu behalten, ohne den (nach christlichem Verständnis) „Nächsten“ wahrzunehmen? Eine „Ethik des Teilens und des Verzichts“ muss nicht unbedingt einer Einschränkung der Lebensqualität gleichkommen. Sie kann, recht verstanden, sogar Freiräume öffnen, zu einem tieferen Verständnis des eigenen Lebens führen und die Augen wieder neu für den Nächsten öffnen.

In Summa: Eine **Gesellschaft ohne Wachstum ist möglich und sogar realistisch**, letztlich zwingend notwendig, wenn man sich über alle Konsequenzen im Klaren ist: Eine Bereitschaft zur Infragestellung von Axiomen der alten „Nationalökonomie“, ein bewussteres politisches und gesellschaftliches Handeln nach Prinzipien der Nachhaltigkeit und eine Offenheit für eine persönliche Neuorientierung auf der Grundlage eines materiell bescheideneren Lebensstils.

Konkrete politische Schritte daraus sind schwer einzuschätzen, bevor nicht ein über die Parteien hinaus wirksames Bewusstsein der Probleme sichtbar wird. Notwendig wäre es, in der **schulischen und universitären Bildungs- und Erziehungsarbeit** mehr als bisher in der dargestellten Richtung programmatisch und praktisch zu arbeiten. In der Politik müssen die **gesetzlichen Voraussetzungen** dafür geschaffen werden, dass ein Umdenken den legitimatorischen Rahmen erhält. Die Ideologie des stetigen wirtschaftlichen Wachstums darf nicht länger Ziel der wirtschaftlichen und so auch politischen Agenda sein. Das grundgesetzlich inzwischen eingeführte und in manchen Bundesländern verfeinerte Instrument der **Schuldenbremse** erscheint als ein erster Schritt dazu, sofern es verantwortlich und in Solidarität mit den Schwächeren der Gesellschaft eingesetzt wird. Wenn ökonomische Entwicklungen statistisch dargestellt werden, müssen die Auswirkungen auf die Umwelt und die Folgen für die Nachwelt einbezogen werden, um deutlich zu machen, dass es schon jetzt kein reales Wachstum in der nationalen und internationalen Wirtschaft mehr gibt. Letztlich aber muss allen verantwortlichen PolitikerInnen klar werden, dass jedes politische Handeln zugleich unter dem Vorbehalt ethischer Kriterien steht, die nicht nur allgemein-abstrakt Geltung haben, sondern für jeden Einzelschritt bedacht werden müssen.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN** setzt sich daher dafür ein, dass die liberale Wachstumsideologie endgültig als Eckpunkt politischen Handelns verworfen und durch eine ethisch orientierte Maxime ersetzt wird, in der Solidarität, Nachhaltigkeit im politischen sowie Bescheidenheit und Hinwendung zu den Schwächeren der Gesellschaft und Weltgemeinschaft zu entscheidenden Kriterien werden. Als ausschlaggebender Wachstumsindikator sollte die Verbesserung der Lebensqualität im Mittelpunkt stehen.

Impressum:

Erarbeitet von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Friedrich Battenberg, mit Beiträgen von Friedrich Battenberg (Kap. 1 und 7), Uwe Gerber (2 und 6), Erich Hinderer (3 und 5) sowie Manfred Hastedt (4).

V.i.S.d.P: Sybille Mattfeld-Kloth, Friedrich Battenberg

Beschlossen auf der Frühjahrstagung der BAG ChristInnen in Berlin, 12. 03. 2011

Weitere Broschüren der BAG Christen und Christinnen:

- Das Verhältnis von Staat und Kirche und zur politische Rolle der Kirchen Kempen, 1997 (leider vergriffen)
- Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft - Bausteine für eine humane Wirtschaftsdemokratie Katlenburg, 1999 (leider vergriffen)
- Die Präimplantationsdiagnostik oder der Traum vom vollkommenen und leidensfreien Menschen Heppenheim, 2004
- Interreligiöser Dialog zur Friedensförderung Abgrenzung – Toleranz – Differenz Meissen 2005
- Vom Kind aus denken und handeln Eine Gesellschaft mit Kindern - ein familienpolitischer Paradigmenwechsel - Goslar 2006
- Zum christlichen Selbstverständnis der Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen Meissen, März 2010
- Das Modell eines „Religionsunterrichtes für alle“ als Kooperationsangebot an die Religionsgemeinschaften (RU für alle) Helmstedt, März 2009

zu beziehen über:

Bundesgeschäftsstelle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

Postanschrift: Postfach 040609, 10063 Berlin

Im Internet von unserer Homepage: <http://www.gruene-bag.de/>